

Frank Kuschel
Schönbrunn 37a
99310 Arnstadt
Tel.: 0170/47 06 19 8
E-Mail: frankkuschel@gmx.de

Montag, 8. Mai 2006, letzte Aktualisierung: 22. Mai 2006

Erste Einschätzung der Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 7. Mai 2006 – Wahl der hauptamtlichen Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte, auch unter Beachtung der Ergebnisse der Stichwahl am 21. Mai 2006

Bewusst wird bei dieser Einschätzung und Bewertung auf statistische Angaben verzichtet. Da erst am 21. Mai 2006 Stichwahlen stattfinden, kann und soll diese Bewertung auch nicht abschließend sein. Vielmehr soll in Thesenform eine erste Bewertung und Einschätzung getroffen werden.

Davon ausgehend, sollten bis Juli 2006 tiefgründige Wahlanalysen durchgeführt werden, um so für künftige Wahlen langfristig notwendige Schlussfolgerungen ziehen zu können.

1.

Es war richtig, dass sich der Landesverband entschieden hat, möglichst flächendeckend mit personellen Angeboten bei diesen Kommunalwahlen anzutreten. Dies war eine Voraussetzung für die im Vergleich zu den Kommunalwahlen 2000 erreichten positiven Ergebnisse. Die Linkspartei.PDS war die einzige Partei, die im Vergleich zu 2000 prozentual und absolut Stimmen gewinnen konnte. Diese Einschätzung trifft zumindest für die Wahlen der Oberbürgermeister der kreisfreien Städte und der Landräte zu.

Bei den Wahlen der Bürgermeister der kreisangehörigen Gemeinden hat die Linkspartei.PDS im Vergleich zu 2000 sowohl prozentual als auch absolut bei den Stimmen verloren. Hauptursache hierfür ist jedoch, dass die Linkspartei.PDS in weniger kreisangehörigen Gemeinden mit eigenen Kandidaten angetreten ist.

Ob die Ergebnisse der Kommunalwahl dahingehend interpretiert werden kann, dass die CDU auf Grund ihrer Landes- und Kommunalpolitik vom Wähler einen „Denkzettel“ erhalten hat, muss weiter untersucht werden.

Gegen eine solche These spricht die starke Fixierung der Wahlen auf Personen und die deutliche „Inhaltsleere“ des Wahlkampfes.

Bei der Stichwahl am 21. Mai 2006 hingegen haben offensichtlich politische Beweggründe die Wahlergebnisse stärker beeinflusst. Hier war durchaus eine politische Polarisierung zwischen dem so genannten linken und bürgerlichen Lager erkennbar. In den kreisfreien Städten gab es dabei eine klare Wahlentscheidung gegen die CDU. In den Landkreisen hingegen konnte die CDU ihre dominierende Position zunächst behaupten, musste allerdings prozentual Verluste hinnehmen.

Bei der Bewertung der Stichwahlergebnisse sollte auch berücksichtigt werden, dass die so genannten Linksbündnisse zwischen SPD und Linkspartei.PDS wohl eher taktischer als strategischer Natur waren. Aber auch taktische Bündnisse setzen einen bestimmten Grad politischer Verständigung voraus.

Wie schwierig es ist, die Ergebnisse von Kommunalwahlen zu bewerten, zeigen gerade die Ergebnisse in den kreisfreien Städten.

Obwohl die SPD, wie auch die CDU, im Vergleich zu 2000 Stimmen verloren hat, konnte sie in den Stichwahlen in allen vier Städten, in denen sie antrat, das Amt „erobern“ (Eisenach, Erfurt, Weimar, Jena).

Die Linkspartei.PDS hat zu den Stichwahlen durchaus positive Ergebnisse erzielt. Das Ergebnis der einzigen Stichwahl auf Ebene der kreisfreien Städte/Landkreise, im Saale-Holzlandkreis, war mit 48 Prozent für den Kandidaten der Linkspartei.PDS überraschend gut. Andererseits hat es die Linkspartei.PDS in den übrigen 16 Landkreisen und sechs kreisfreien Städten nicht vermocht, die Stichwahl zu erreichen, und dies obwohl die Linkspartei.PDS in vielen kreisfreien Städten und Landkreisen die stärkste oder zweitstärkste Fraktion stellt.

2.

Insgesamt haben die Zuwächse bei den Stimmen im Vergleich zu 2000 nicht dazu geführt, dass ein hoher Zugewinn an Mandaten für die Linkspartei.PDS erreicht werden konnten. Letztlich konnten am 7. Mai 2006 zwei Mandate erfolgreich verteidigt – Sömmerda, Neuhaus am Rennweg - (damit ging bisher in Thüringen bei den hauptamtlichen Bürgermeistern kein Mandat verloren) und ein neues Mandat (ehrenamtlicher Bürgermeister in Gräfenroda – IK – bisher hauptamtliche Stelle) gewonnen werden.

In der Stichwahl waren für die Linkspartei.PDS sieben Bürgermeister- und ein Landratskandidat. Hier konnten drei hauptamtliche Bürgermeisterämter erreicht werden (Trusetal, Eisfeld, Bad Blankenburg – hier gegen den Präsidenten des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen). Gemessen am landes- und kommunalpolitischen Einfluss der Linkspartei.PDS sind wir bei Bürgermeistern, Oberbürgermeistern und Landräten weiterhin unterrepräsentiert (acht hauptamtliche Bürgermeister, rund 25 ehrenamtliche Bürgermeister und Ortsbürgermeister, dies sind weniger als drei Prozent der kommunalen Wahlbeamten).

Wir hatten beim Zugewinn von Mandaten mehr Erwartungen und uns dabei am Wahlergebnis der Kommunalwahlen 2004 orientiert. Hier wurde deutlich, dass sich Ergebnisse der Wahlen zu den Gemeinde-, Stadträten und Kreistagen nicht auf die Erwartungen und Ergebnisse von Personalkommunalwahlen übertragen lassen.

Unsere Listen zu Kommunalwahlen waren für die Wähler offensichtlicher wählbarer als unsere Kandidatenangebote für die Personalkommunalwahlen. Daraus kann man schlussfolgern, dass die Wähler der Linkspartei.PDS auf kommunaler Ebene unterschiedliche Funktionen zuordnen. Dabei unterscheidet der Wähler zwischen der Funktion der Linkspartei.PDS in einer kommunalen Vertretung und Verwaltung.

Insbesondere bei den Wahlen zu den Oberbürgermeistern und Landräten bestand die Hoffnung, dass mehr als ein Bewerber die Stichwahl erreicht. Auch hier sind die Ergebnisse gemessen an den Wahlen 2000 durchaus positiv, gemessen am Ergebnis 2004 eher ernüchternd.

3.

Auch die Linkspartei.PDS konnte keinen erkennbaren Beitrag für eine höhere Wahlbeteiligung leisten (rund 42 Prozent am 7. Mai 2006, am 21. Mai 2006 lag die Wahlbeteiligung nur noch bei rund 31 Prozent). Es gelang auch nicht der Linkspartei.PDS, die eigene Wählerschaft vollständig für eine Wahlteilnahme zu motivieren. Gegenüber den Kommunalwahlen 2004 haben rund 100.000 WählerInnen die Linkspartei.PDS nicht mehr gewählt bzw. sind nicht zur Wahl gegangen (für die Stichwahlen am 21. Mai 2006 sind derartige Aussagen kaum als seriös zu bezeichnen. Statistisch betrachtet, hat die Linkspartei.PDS am 21. Mai 2006 einen Stimmenanteil knapp unter vier Prozent landesweit erreicht). Die Wahlverluste der Linkspartei.PDS im Vergleich zu 2004 entsprechen rund einem Drittel der Wählerschaft.

Damit ist auch die These widerlegt, dass insbesondere Linkspartei.PDS-Wähler „treue Wähler“ sind. Im Gegenteil, die Wählerschaft der Linkspartei.PDS unterscheidet sich in dieser Frage von anderen Wählerschichten kaum noch.

4.

Die Wähler bei den jetzigen Kommunalwahlen haben in der Tendenz ein sehr stark ausgeprägtes konservatives Wahlverhalten. Dies wird daran sichtbar, dass die Amtsinhaber einen hohen Amtsbonus genießen.

Ohne konkrete „Wechselstimmung“ ist es sehr schwer, einen kandidierenden Amtsinhaber abzuwählen. Von dieser Wirkung des Amtsbonus profitieren auch Amtsinhaber der Linkspartei.PDS.

Linkspartei.PDS-Bürgermeister im Amt belegen, dass eine „Entzauberung“ der Linkspartei.PDS in Ämtern, wie sie von CDU und SPD oftmals prognostiziert wurde und wird, nicht zwingend stattfinden muss.

Die Wähler setzen bei diesen kommunalen Wahlämtern in starkem Maße auf Kontinuität. Bewährte Amtsinhaber werden bei der Wahl vorgezogen.

Die Wähler wollen in der Tendenz, wenn die Amtsinhaber nicht mehr antreten bzw. tatsächlich eine Wechselstimmung vorhanden ist, neue, unverbrauchte und unabhängig erscheinende Personen an der Spitze der Gemeinden, Städte und Landkreise.

Dies ist auch Ausdruck für die immer weiter verbreitete Unzufriedenheit mit der etablierten Politik, die insbesondere von den Parteien getragen wird.

Die Wähler wünschen sich eine Kommunalpolitik möglichst ohne politischen Streit, ohne Polarisierung. Im Gemeinderat, Stadtrat oder im Kreistag wird der politische Streit noch als zulässig angesehen, in der Verwaltung wird politischer Streit als Hemmnis angesehen. Die Kommune und die Verwaltung sollen einfach funktionieren. Es gibt unbestritten eine Tendenz der Entpolitisierung von Kommunalpolitik.

Den Kandidaten der Linkspartei.PDS traut man eine „unpolitische“ Amtsführung als Behördenleiter offenbar in der Tendenz nicht zu. Selbst wenn bei den Bewerbern der Linkspartei.PDS der Wille zur parteipolitisch-neutralen Amtsausübung besteht, wird diese durch das Wirken der politischen Mitbewerber kaum zu praktizieren sein, so die Gedankengänge vieler Wähler. Auch deshalb besteht hier gegenüber Kandidaten der Linkspartei.PDS für kommunale Wahlbeamtenämter ein geringeres Vertrauen der Wähler.

Kandidaten der Linkspartei.PDS haben auch mit dem gegenwärtigen schlechten Image der Parteien zu kämpfen.

5.

Im Mittelpunkt der Wahlen standen vorrangig Personen und ihre Eigenschaften. Inhaltliche Fragen wurden eher nebensächlich diskutiert und spielten vordergründig keine Rolle.

Dies ist umso erstaunlicher, wird doch der kommunale Alltag gerade gegenwärtig durch tiefgreifende inhaltliche Fragen geprägt.

Auch der Linkspartei.PDS ist es nicht gelungen, diesen Wahlkampf mit Inhalten zu besetzen. Gegen die Tendenz der Entpolitisierung haben wir noch kein glaubhaftes „Gegenkonzept“ entwickelt.

Solche Themen hätten im Kommunalwahlkampf sein können:

- Familienoffensive,
- Kommunalabgaben,
- Eingriffe des Landes in die Kommunal Finanzen,
- Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform,
- Streichung der Mittel für Frauenhäuser, Museen und Bibliotheken,
- Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten.

Im Wahlkampf wurde auch ein unzureichender Dialog mit der eigenen Mitgliedschaft und den eigenen Stammwählern geführt. Dies führt dazu, dass offensichtlich auch viele Linkspartei.PDS-Mitglieder und Wähler ihr Wahlrecht nicht wahrnahmen.

Die Linkspartei.PDS wird bei den Wählern im starken Maße als politisch-inhaltliche Kraft wahrgenommen. Ein „inhaltloser“ Wahlkampf ist zur Zeit für die Linkspartei.PDS nur punktuell erfolgsversprechend.

Die kommunalpolitische Kampagne der Landtagsfraktion erzielte nicht die gewünschte Wirkung (inhaltliche „Anreicherung“ des Wahlkampfes“). Die Kampagne sollte nicht der inhaltlichen Unterstützung des Wahlkampfes dienen. Vielmehr ging die Landtagsfraktion davon aus, dass im Zeitraum des Kommunalwahlkampfes eine größere Bereitschaft zum Dialog über kommunale Politikfelder besteht. Dies wollte die Fraktion nutzen, um über ihre kommunalpolitische Arbeit zu informieren und diese zur Diskussion zu stellen. Weder die Fraktion als Ganzes noch die PDS-Gliederungen habe diese Kampagne als solche angenommen.

6.

Der Landesverband hat diese Kommunalwahlen und deren Bedeutung lange Zeit unterschätzt. Eine langfristige inhaltliche, personelle und logistische Vorbereitung fand nicht statt. Die Durchführung des Wahlkampfes wurde im Wesentlichen den Gebietsgliederungen überlassen.

Erst ab Februar 2006 gab es seitens des Landesvorstandes Anstrengungen, um gemeinsam mit den LPDS-Gliederungen den Wahlkampf vorzubereiten.

Einige LPDS-Gliederungen waren mit der neuen Situation, dass es für eine Kandidatur mehrere Bewerber gab, überfordert (Kyffhäuserkreis, Bad Salzungen, Arnstadt). Dadurch kamen Nominierungen zustande, die beim Wähler auf wenig Verständnis stießen, was sich letztlich in den Wahlergebnissen widerspiegelte. In Bad Salzungen gab es sogar eine Konkurrenzkandidatur von zwei LPDS-Kandidaten. In der Folge wurde von beiden Kandidaten die Stichwahl verpasst.

Es zeigt sich zunehmend, dass bei Kandidaturen oftmals sehr beliebige Entscheidungen getroffen werden, bis hin zur Tendenz der Zufälligkeiten. Hier muss ein höheres Maß an Professionalität angestrebt werden. Demokratische Abläufe und Entscheidungen setzen ein Mindestmaß an Verantwortung und eine Begrenzung der Tendenz der Beliebigkeit voraus. Vorstände brauchen hier höhere Verantwortung und Autorität.

7.

Unsere Wahlkämpfe waren wenig spektakulär. Es gelang nicht, die gesamte Partei in die Wahlkämpfe einzubeziehen.

Im Wahlkampf wurden die klassischen Wahlkampfformen (Flyer, Plakate, Infostände) zur Anwendung gebracht. Diese wurden jedoch zu wenig durch Wahlkampfformen ergänzt, die speziell auf die Kandidaten als Personen ausgerichtet waren.

Es gab Motivationsprobleme, da viele Parteimitglieder kaum zählbare Erfolge für möglich hielten, was sich letztlich auch als zutreffend erwiesen hat. Viele Parteimitglieder waren zufrieden, dass die Linkspartei.PDS Kandidaten nominiert hatte.

Es wurde deutlich, dass die Linkspartei.PDS nicht mehr flächendeckend über ausreichend eigene Kapazitäten und Potenziale verfügt, um einen intensiven Wahlkampf zu führen. Deshalb muss bei künftigen Wahlkämpfen die Hinzuziehung externer Kapazitäten erwogen werden. Hierbei sind jedoch insbesondere finanzielle Fragen zu klären.

8.

Als Kandidaten hat die Linkspartei.PDS in der Regel bewährte Kommunalpolitiker nominiert. Die haben oft das Image von Parteikämpfern. Für die Wähler sind derartige Personen als Behördenleiter eher nicht geeignet. Die Wähler wünschen sich als Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte eher parteipolitisch neutral agierende Personen, die zuerst die Kommu-

nen und den Bürger und erst dann die Partei im Blick haben. Hier besteht bei den aktiven Kommunalpolitikern der Linkspartei.PDS offensichtlich noch Bedenken.

Der Wähler erwartet von Kandidaten für kommunale Spitzenämter, dass diese Diskussions- und Entscheidungsprozesse moderieren können, ohne einseitige Parteinahme oder wenn schon Parteinahme, dann zu Parteien, die auf Landes- und Bundesebene Verantwortung tragen (um zumindest auf diesem Wege etwas für die Kommune rausschlagen zu können). Die Linkspartei.PDS hat zu wenige Kandidaten, die diesen Erwartungen an Bewerber gerecht werden.

Die so genannte Stasidiskussion hat zu zusätzlichen Verunsicherungen bei den Wählern geführt.

Geeignete Kandidaten für kommunale Spitzenämter müssen langfristig aufgebaut werden. Sie müssen zwar auch kommunalpolitisch kompetent sein, gleichzeitig aber auch andere Persönlichkeitseigenschaften aufweisen, die aus Sicht der Wähler für solche Funktionen von Bedeutung sind. Die Wähler wollen glaubwürdige, unbelastete, weitgehend parteipolitisch neutral agierende Personen als Bürgermeister und Landräte haben.

Offenbar können wir noch nicht flächendeckend glaubwürdig den Wählern vermitteln, was ein Bürgermeister oder Landrat mit LPDS-Mandat im Vergleich zum jetzigen Amtsinhaber besser machen könnte.

Der LPDS gelang es nur in Einzelfällen (z. B. Schleiz), neue Personen, die bisher nicht als aktive Kommunalpolitiker der LPDS agierten, zur Wahl zu nominieren.

9.

Das Projekt „gemeinsame oder abgestimmte Kandidaturen“ (Gera, Nordhausen) sollte weiterentwickelt werden. Dies kann allerdings nur gelingen, wenn auch Linkspartei.PDS-Kandidaten als solche gemeinsamen Kandidaten mitgetragen werden (Nordhausen).

10.

Die Stichwahlen in Thüringen und die damit zu erkennende Zusammenarbeit zwischen SPD und Linkspartei.PDS fand nicht auf gleicher Augenhöhe statt.

SPD-Kandidaten dominieren diese Stichwahlen und die „Annäherung“ an die Linkspartei.PDS hat in erster Linie taktische Hintergründe, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Trotzdem sind diese taktischen Wahlempfehlungen als richtig anzusehen. Durch diese taktischen Bündnisse erhöhen sich die Chancen für eine andere Kommunalpolitik, ohne dass dies als eine Art Automatismus als gegeben vorausgesetzt werden kann.

Frank Kuschel